

Gerd Hankel

Helferkonferenzen in Ruanda – Rettungserfahrungen zwischen sozialer Anerkennung, politischer Indifferenz und justizieller Verurteilung

1. Darstellung des Hintergrunds: Im Dezember 2007 und im September 2009 fanden in der ruandischen Hauptstadt Kigali zwei Helferkonferenzen statt. Das Besondere an diesen Konferenzen war, dass sie von nicht-staatlicher Seite organisiert worden waren und daher weniger dem ansonsten in Ruanda nahezu allgegenwärtigen staatlichen Einfluss unterlagen. An diesen Konferenzen nahmen ca. 30 Helferinnen und Helfer sowie eine etwa gleiche Zahl Geretteter teil. Die 30 eingeladenen Helferinnen und Helfer waren in Vorgesprächen aus einer Gruppe von rund 100 möglichen Helferinnen und Helfern ausgewählt worden.

2. Auf den Konferenzen hatten 8 Helferinnen und Helfer die Gelegenheit, ausführlich von ihrem Verhalten zu berichten. Die Berichte wurden jeweils im Plenum diskutiert und kommentiert. Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten ausführlich über die Konferenzen und über das Verhalten einzelner Helferinnen oder Helfer.

Hierbei zeigte sich:

3. Dem Verhalten der Helferinnen und Helfer wurde erkennbar sehr großen Respekt entgegengebracht. Völkermordüberlebende sahen sich in ihrem Bedürfnis nach menschlichem Vertrauen bestärkt, wohingegen Angehörige der Bevölkerungsgruppe, aus der sich die Täter rekrutiert hatten, dankbar den Beweis für das couragierte Verhalten innerhalb ihrer Gruppe zur Kenntnis nahmen. Nach allgemeiner Ansicht hatte sich der Begriff der Kollektivschuld als untauglich erwiesen.

4. Das feststellbare Maß sozialer Anerkennung auf und im Umfeld der Konferenz zeigte auf der politischen Ebene Ruandas jedoch keinerlei Wirkung. Das durch die Konferenzen freigesetzte Versöhnungspotential wurde nicht aufgegriffen, die Konferenzen gingen unter in den vielen Beiträgen, die vom Ausland aus unternommen wurden und werden, um den diversen Folgen des Völkermords Herr zu werden. Das Hauptgewicht in der Entwicklung Ruandas liegt auf der Wirtschaft, moralische Appelle und Vergewisserungen gelten da als ein hübsches Beiwerk oder werden sogar als schädlich empfunden in einem Staat, der - aus nachvollziehbaren, letztlich aber kontraproduktiven Gründen - die Grenzen zulässiger Meinungs- und Redefreiheit vorgibt.

5. Darüber hinaus wird die Zurückhaltung bei der Behandlung des Helfer-Themas offiziell auch damit erklärt, dass wirkliche Helfer nicht sehr zahlreich gewesen seien. Die meisten Helfer hätten zwar Hilfe geleistet, sie hätten sich aber auch an den Morden beteiligt, was sie nicht zu einem Vorbild, sondern zu einem Fall für die Strafjustiz mache. Auf diese Weise werden pauschal alle Helfer unter Generalverdacht gestellt.

6. Für die Entwicklung der postgenozidalen ruandischen Gesellschaft ist die Konstellation von Versöhnungsvorsicht oder -verweigerung auf der einen (Tutsi) und (primär selbsterlösender) Versöhnungsbereitschaft auf der anderen Seite (Hutu) äußerst problematisch. Eine Annäherung bleibt oft auf einer plakativ-rührseligen Ebene mit allen damit verbundenen Gefahren für die Zukunft des Landes.